

# Harzer Volksstimme

(Halbesfelder Tageblatt)

Sozialdemokratische Partei für den Stadt- und Landkreis Bernigerode

**Abgabepreis** halbmonatlich 1 Mark einschließlich Frangierlohn bei Schlußabholung 0,90 Mark. Erhöhen wiederum jedoch und zwar mittig, mit Rücksicht auf den Preis der Papierwaren, Druckerei, Halbesfelder, Sonntag 24. Februar 1924. Verlag: Halbesfelder Zeitungsgesellschaft, Bernigerode, am Markt 1. Verantwortlich: Dr. Fritz Wittenberg, für den überrigen Teil: Richard Matthes, für Helmsa u. Söhne: Karl Zetzl, in Halbesfeld.

**Anzeigenpreis** die angegebene Spaltenbreite oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Bernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Mitgebeid für bei der Zahlung vorliegende leere Cards. Für die Aufnahme von Anzeigen auf bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Anträge in der Geschäftsstelle Halbesfeld, Sonntag 48 (Kurtum) Dr. Fritz Wittenberg, Bernigerode 4228 und Volksbuchhandlung (Eigenerwerb), Bernigerode 4228.

Nr. 118.

Sonntag, 21. Mai 1927.

2. Jahrgang.

## Magdeburger Justizkoterie.

Magdeburg hat seit einigen Tagen einen neuen Justizkanzler. Der sozialdemokratische Abg. Kuttner hat diesen Fall bereits am Mittwoch im preussischen Landtag geäußert. Es handelt sich um eine „disziplinäre Maßnahme“ des zuständigen Oberlandesgerichtspräsidenten in Raumburg an den Landgerichtsdirektor Löwenthal, den

**Leiter der Schwurgerichtsoberhandlung gegen Schröder.**

Diesem Standal liegt ein mehr als wertvoller Tatbestand zugrunde. Einige Zeit vor der Verhandlung des Falles Schröder erhielt Landgerichtsdirektor Löwenthal den Befehl eines Magdeburger Staatsanwalts, dieser den Fall Schröder, Herr Legte, Kuttner, „privat“ mehr, auf den Vorfall der Verhandlung zu verzichten. Es wäre eine unangenehme Sache, nachdem der Fall Schröder so sehr die Öffentlichkeit beschäftigt habe und auch die Magdeburger Richter in die Sache hineingezogen seien. Löwenthal sollte sich frant melden und damit sei er aller Unbequemlichkeiten entzogen. Allen Anschein nach hätte sich die Magdeburger Justizkoterie bedroht, weil ein wirklich unparteilicher Richter den Prozess Schröder führen sollte. Diese Behauptung erweist sich bald infolgedessen, als Löwenthal sich nicht damit begnügt, die Schuld Schröders, sondern auch die völlige Unfähigkeit der im Zusammenhang mit dieser Affäre verhassten Personen festzustellen.

Indirekt sollte man die Anregung des an Löwenthal gestellten Antrages, auf den Vorfall zu verzichten, den Anstoß zu der disziplinarischen Maßnahme bilden. Von dem leibhaftigen Gespräch hatte nämlich der demokratische Sachverständige Dr. Bohner erfahren. Er hatte den Fall im Auge, als er kürzlich bei der Debatte des Autiztages den Justizminister über den Magdeburger Fall vorfing fragte, ob ihm dort nicht Anzeichen einer passiven Resistenz bemerkt worden seien. Das genügt einem Teil der Magdeburger Richter,

**gegen Löwenthal ein Bestreben zu verzeichnen.**

Es wurde Umfrage bei sämtlichen Richtern des Magdeburger Gerichts gehalten, wer mit Dr. Bohner in persönlichen Beziehungen gefanden habe.

**Als einziger meldete sich Löwenthal.**

Aus diesem Befragnis folgte der Oberlandesgerichtspräsident in Raumburg ohne irgendwelche Beweise, daß die Anfrage des demokratischen Abgeordneten im Landtag auf Informationen Löwenthals beruhe. Dabei bestreitet Dr. Bohner ausdrücklich, von dem Landgerichtsdirektor Löwenthal keine Informationen erhalten zu haben. Der Oberlandesgerichtspräsident in Raumburg folgere trotzdem aus dem geführten Tatbestand in geradezu spitzfindiger Weise: Eine positive Reflexion in Raumburg hat nicht bestanden. Da aber Landgerichtsdirektor Löwenthal den demokratischen Abgeordneten in diesem Sinne informierte, hat er sich der Verbreitung unwarmer Gerüchte schuldig gemacht, die das Ansehen des Magdeburger Gerichts schädige. Darob die disziplinarische „Maßnahme“!

Stimmlos ist diese Mahnung zurückgenommen worden, und zwar nicht etwa aus freien Stücken, sondern erst, nachdem der Fall im Landtag von den verschiedenen Seiten erörtert worden ist. Das wird amüßig bestätigt, aber von irgendwelchen Maßnahmen des preussischen Justizministers erfährt man nichts. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß dieser neueste Magdeburger Standal mit der Zurücknahme der Mahnung keineswegs als erledigt gelten darf. Wo soll es hinfinden, wenn ein derartiges Epitaphium — wie wir es geschildert haben — ungehindert in den höchsten Epochen der Justiz einreißt?

### 5 1/2 Millionen Fürsorge-Empfänger.

Wisser konnte man sich mangels einer umfassenden Statistik kein zuverlässiges Bild davon machen, wie hoch die Zahl der Sozialrentner und der von der Fürsorge unterhaltenen anderen Hilfsbedürftigen stellt. Erst Anfang April d. J. wurden Fragebogen ausgegeben, um auf Grund der Antworten eine Reichsstatistik aufstellen zu können. Resultate liegen als nur Schätzungen zur Verfügung. Ueber die Zahl der Sozialrentner ist eine preussische Statistik für das Jahr 1925 vorhanden. Wenn man die Ergebnisse dieser Statistik auf das Reich überträgt, so ergibt sich für die Sozialrentner die Zahl von 1 068 200 Personen. Davon sind: Alters- und Invalidenrentner und Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung 486 200, Waisenrentner 79 500, Waisenrentner 108 000, Kleinrentner und Angehörige 883 600.

Die Zahl der sonstigen Hilfsbedürftigen, welche von den ReichsFürsorgeverwaltungen, also versorgt werden, ist, wenn man für die Schätzung die Ergebnisse einer Statistik des Gläubertages für Städte mit über 25 000 Einwohnern verwendet, ebenso hoch wie die der Sozial- und Kleinrentner. Das heißt, es werden von der Fürsorge Tätigkeit mehr als zwei Millionen Personen erfaßt. Die Zahl der von der Reichsregierung erfaßten Kriegsbeschädigten und Kriegsinvaliden beträgt fast 2 1/2 Millionen Personen. Zählt man noch die gegenwärtig etwa 1 1/2 Millionen betragenden arbeitslosen Hauptunterstützungsempfänger und Rentenempfänger hinzu, so ergibt sich daraus die Zahl von 5 1/2 Millionen Personen, die heute auf eine finanzielle Hilfe angewiesen sind. Dazu kommen noch die Millionen Familienmitglieder, die von den Renten mit leben müssen.

### Der Republiksschutz verlängert.

Der Reichstag erklärte am Donnerstag nachmittags sein Einverständnis mit dem vom Reichstag beschlossenen Verlängerung der Gültigkeit des Reichsschutzgesetzes um zwei Jahre. Gegen das Gesetz erklärte sich nur der deutsche Vertreter der Provinz Hannover. Das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Luftfahrten wurde auf Antrag Bayerns zunächst einer Auswahlschlichtung zugewiesen. Schließlich genehmigte der Reichstag einen Gesetzentwurf, durch den die Geltungsdauer der Ende September ablaufenden Luftfahrtsordnung um zwei Jahre verlängert wird. Der Reichstag erklärte sich dann damit einverstanden, daß die Stelle eines Senatspräsidenten beim Reichsgericht dem Reichsgerichtsrat Fied in Leipzig, zwei Reichsgerichtsratsstellen dem bayerischen Justizbeamten Dr. Kehler und dem Oberlandesgerichtsrat Dr. Güngerich-Darmstadt und die Stelle eines Reichsanwalts dem preussischen Oberlandesgerichtsrat Dr. Karl Nagel übertragen werden.

### Das Reich und Preußen.

Köffer sucht Braun auf. Der Reichsfinanzminister Dr. Köffer suchte am Donnerstag den preussischen Finanzminister Braun auf, um mit ihm die zwischen dem Reich und Preußen bestehenden Differenzpunkte einzeln durchzusprechen. Die Besprechungen ergaben, daß auf beiden Seiten der gute Wille besteht. Die Streitfälle möglichst bald aus der Welt zu schaffen. Die Einzelbesprechungen dürften schon in aller nächster Zeit beginnen.

### Zentrumsauflösung.

Berlin, 20. Mai. (E.F.). Die Fraktionsvorsitzende des Zentrums im Reichstag und im preussischen Landtag besaßen sich am Mittwoch in Gegenwart des Reichsfinanzministers, sämtlicher Reichs- und preussischer Minister ebenfalls mit den Differenzpunkten zwischen Reich und Preußen. „Als einstimmige Meinung trat dabei — nach der „Germania“ — hervor, daß es sich um Dinge handele, die überwiegend auf dem Verwaltungsbereich liegen und infolgedessen auch mit verwaltungsrechtlichen Mitteln beseitigt werden müßten.“

## Nationaler Krach im Preußenparlament.

Innenminister Orzesjinski legt auf einen Schelm anderthalb.

Im preussischen Landtag klappte am Donnerstag noch einmal die deutsche nationale Agitationsmaske. Bei der Beratung des Innenministeriums hielt es der Agitationsminister Abg. v. Winterfeld für angebracht, den Haufe anzuführen.

Angriffe gegen den Innenminister Orzesjinski vorzulegen. Es war die alte Waage, die gespielt wurde: angebliche Belegung von Landratsstellen nach dem sozialdemokratischen Willkürbuch, Hörings Reben, geleistete Disziplin in der Polizei, sozialdemokratische Beiträge im Rundfunk, Judoerwerbsschäden und zum Schluß der Tod des Generals v. Wrisberg am Berliner Bismarck-Denkmal. Alle Dinge, die schon in Zuhenden von Auswahlschlichtungen und in Plenarverhandlungen erörtert, widerlegt und endgültig erledigt wurden und die — wie weiß, wie oft noch — in deutschen Reden wieder aufzuleben werden. Zum Schluß meinte der deutsche nationale Redner: Herr Seemann hat kürzlich angeklagt des sozialdemokratischen Wahlerfolges in Brandenburg das gute Wort „hi quet Brandenburg alle Wege“ umgedeutet. Das ist ein Wort, das dem Wort, aber wir gebrauchen es im Potsdamer Geist. (Neue Heiterkeit lacht).

### Innenminister Orzesjinski:

Herr v. Winterfeld hat hier eine Menge Dinge vorgetragen, die längst erledigt oder richtiggestellt worden sind. Die Unterstellung, daß ich politische Beamte nach ihrem Willkürbuch anstelle, weiß ich entschieden zurück. Selbstverständlich spielen bei ihrer Ernennung politische Gesichtspunkte eine Rolle, aber

Eignung und Tüchtigkeit müssen den Ausschlag geben. Im übrigen findet meine Personalpolitik die Zustimmung des Staatsministeriums und der Landtagsmehrheit. Ihre Kritik (nach rechts) kümmert mich also wenig. (Sehr gut b. d. S. 2). Die von Herrn v. Winterfeld so reichlich vorgetragenen Einzelsfälle waren alle Kammellen. (Sehr richtig lacht und in der Mitte). Die wiederholte Ermüdung des Volkes Weisberg verläßt allerdings in mir den unheimlichen Eindruck, daß die Sache (nach rechts) dieses traurige Ereignis nicht nur vor mir, sondern auch vor dem Reichstag b. d. S. 2. Herrn v. d. Duffsch, die der Minister minutenlang hindern, weiter zu sprechen. Ich wiederhole, daß ich am 1. April bei der Rede des Herrn Abg. Schlang-Schillingen den Eindruck hatte, als sei ihnen das Wortformium am Bismarckdenkmal aus agitatorischen Gründen nicht unwichtig gewesen.

(Großer Lärm rechts, andauerndes Plä- und Schlußrufe. Glorche des Präsidenten!) Ich habe zu dieser Angelegenheit bereits damals überholt Erklärungen abgegeben, und dabei muß es bleiben. Der Beamte hat nach den angetragenen Untersuchungen einwandfrei gehandelt. Eine von mir getroffene Verfügung weist die Beamten

### Regierungswahl in Oesterreich.

Ein rein liberale Kabinett Seipel.



Dr. Seipel.

Wien, 19. Mai. (E.F. Drahtf.). Am Nationalrat wurde am Donnerstag gemäß dem Vorschlag des Staatsratspräsidenten die neue Regierung Seipel mit 94 gegen 70 Stimmen gewählt. Um 2 Uhr nachmittags gab die Regierung nach vorausgegangener Vereinbarung ihre Programmserklärung ab. Am wichtigsten führte der Bundeskanzler aus, daß die drei bürgerlichen Regierungsparteien sich zum Zwecke des Wiederaufbaues geeinigt und alles Trennende zurückgestellt hätten. Darauf kündigte er eine Reihe von Gesetzesvorlagen an, u. a. eine neue Zolltarifnote. Hinsichtlich der Außenpolitik erklärte er, daß Oesterreich traditionell gute Beziehungen zu allen Nachbarstaaten habe. Mit Antrag der Sozialdemokraten wurde sofort in die Tagesfrage eingetreten. Der Sozialdemokrat Glöckel stellte im Verlaufe der Debatte fest, daß das neue Kabinett eine rein liberale Regierung sei. Das ergebe sich schon aus der Erklärung des Bundeskanzlers. Das Trennende, das von den Regierungsparteien zurückgestellt werde, seien die Kultur- und Schulfragen. Der liberale Charakter des Kabinetts stehe im schärfsten Widerspruch zu der überwiegenden Mehrheit des Volkes in Oesterreich.

## Nationaler Krach im Preußenparlament.

Innenminister Orzesjinski legt auf einen Schelm anderthalb.

an, an seinen Veranlassungen teilzunehmen, die irgendwelche staatsfeindliche Tendenz zeigen oder bei denen nicht die Reichsstaatsbedürfnisse im Vordergrund stehen. Das war insbesondere bei der Besonderen Angelegenheit der Fall, wo der Reichsminister über die Reichsstaatsbedürfnisse ausdrücklich erklärte, die Reichsstaatsbedürfnisse zu erfüllen. Es ist im Interesse der Bekämpfung des Schlangenspiels, wenn Beamten Teilnahme an solchen Veranlassungen zu gestatten. (Stürmischer Beifall lacht).

Abg. Kasper (Komm.): Wir beantragen diesen lapidarijischen Satz, gleichgültig, ob er sich als Monarchie oder Republik gibt. Dasselbe gilt für seine Institutionen, insbesondere für die Polizei.

Abg. Bartel (Dem.): Es geht nicht an, im Volk Weisberg dem Reichsbeamten, der nach dem Reichsgesetz einwandfrei gehandelt hat, einen Vorwurf zu machen. Die Deutschnationalen die hier die Reichsstaatsbedürfnisse stellen im Reiche darauf den Minister zu verweigern im Reichsstaatsbedürfnisse dem Kaiser die Rückkehr. In Bezug auf Personalpolitik gegenüber deutschen Beamten ist Preußen noch immer etwas zu rückständig.

Abg. v. Winterfeld (Dm.) verweist sich gegen die Behauptung des Ministers, daß er über die Personalpolitik bemüht umwahrer Behauptungen aufgestellt habe.

Innenminister Orzesjinski erklärt, daß Herr von Winterfeld die Tatsachen genau kenne und deshalb Behauptungen aufgestellt hat, die objektiv unmöglich sind.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden dann noch die Etats des Kultusministeriums und des Wohlfahrtsministeriums verabschiedet. Eine ganze Reihe von Etats, darunter die des Finanzministeriums und der allgemeinen Finanzverwaltung, werden nach in den letzten Abendstunden erledigt werden. Damit ist dann die dritte Lesung des Gesamthaushalts beendet.

Die Abstimmung über die dazu gestellten Anträge soll am Freitag vormittag 10 Uhr stattfinden. Da werden dann die nationalen Herrschaften Gelegenheit nehmen, gegen das verabschiedete Preußenministerium das kommunizistische Wahtrauensvotum zu unterstützen.

### Mittrauensvotum abgelehnt.

Potsdam mit Moskau Arm in Arm!

Berlin, 20. Mai. (E.F.). Im preussischen Landtag wurde heute früh das kommunizistische Mittrauensvotum gegen die Regierung mit 210 gegen 186 Stimmen abgelehnt. Für den kommunizistischen Mittrauensantrag stimmten außer den Kommunisten die Deutschnationalen, die Samoeraner und die Wölflingen, während Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei sich an der Abstimmung nicht beteiligten.

# Polnische Wanderarbeiter - eine nationale Sache.

## Die Schmach des mitteldeutschen Holzrukerkongresses nach mehr polnischen Arbeitern

Die Grenzlandwirtschaft hat ungenügend die polnische Lage und ihren Einfluß auf das gegenwärtige Rechtskabinett auszuüben, um für die Saison 1927 mehr polnische Wanderarbeiter bereitzustellen als früher. Dieser Betrag die Zahl dieser polnischen Wanderarbeiter 130 000. Unter dem Einfluß der schweren Wirtschaftskrise, die Millionen in Deutschland arbeitslos machte, gelang es, das für 1927 vorgesehene Kontingent auf 100 000 herabzusetzen. Die Wanderwirtschaft will jetzt mit allen Mitteln diesen Betrag forcieren und hat den Kampf in voller Schärfe aufgenommen.

Die Debatte dreht sich dabei hauptsächlich um die Zuckerindustrie, die zum so und isolierten Maße beweisen muß, daß ohne polnische Arbeiter die deutsche Zuckerzeugung zum Erliegen kommt. So hat die Vereinigung mitteldeutscher Holzrukerfabriken z. B. ein "Material" zusammengestellt, durch das die Unentbehrlichkeit der polnischen landwirtschaftlichen Arbeiter bewiesen werden soll. Dabei nimmt man es mit den Zahlen von 1921 ganz genau. Die Vereinigung behauptet z. B., daß die Ribenanbaufläche in Mitteldeutschland während ungefähr zur gleichen Zeit der herein der deutschen Zuckerindustrie mittel, daß die Wanderte der Ribenanbaufläche für 1927 um 8 Prozent ausgedehnt haben. Diese Ausdehnung führt der genannte Verein eben auf die Rentabilität des Zuckerribsbaues zurück.

Die angebliche Notwendigkeit der polnischen Wanderarbeiter ist also schwindel, denn jeder Handlert hat bei der Aufstellung seines Rechenplans schon mit der verminderten Zahl polnischer Arbeiter rechnen müssen. Der übrige hat aber der mitteldeutsche Holzrukerkongress allen Anlaß, für eine gerechte Verteilung der polnischen Wanderarbeiter auf das ganze Reich zu sorgen. So kamen z. B. in Ostpreußen im Jahre 1926 auf je 100 000 Zuckerribsanbaufläche 165 Polen, in Mitteldeutschland dagegen nur 23 polnische Wanderarbeiter. Die Bevorzugung der ostpreu-

# Die Postgebühren.

Der Postminister will die Erhöhung um 1. Juli durchzuführen. Der 20. Mai. (Eß). Die Arbeitsgemeinschaft des Vermittlungsrates der Reichspost hat am Donnerstag mit der Beratung der Postgebührenerhöhung des Reichspostministers begonnen. Die Beratungen sind bis auf eine einleitende Rede des Reichspostministers für vertraulich erklärt worden. Es ist jedoch anzunehmen, daß eine genaue Prüfung der finanziellen Lage der Reichspost und ihr Finanzbedarf erfolgt ist. Im übrigen soll auch eine zweite Lesung der Vorlage vorgenommen werden und zwar ist hierfür der 2. Juni geplant. Wenn das Plenum des Vermittlungsrates zur endgültigen Beschließung der Postgebührenerhöhung gelangt, läßt sich vorläufig noch nicht absehen. Der Reichspostminister beharrt aber darauf, daß die neuen Gebühren bereits am 1. Juli in Kraft treten. Die Aussicht, daß ihm der Vermittlungsrat in dieser Hinsicht folgen will, ist nicht sehr groß.

Der Reichspostminister begründete die geplante Gebührenerhöhung u. a. in erster Linie mit den neuen Bedürfnissen der Reichspost, die inzwischen eingetretenen Wohnverhältnisse und die durch den Wohnungsgeldverlust erforderlichen Mehrausgaben begründet sich auf 16 Millionen Mark. Die Ausgaben zur Erfüllung der Bedürfnisse des Reichsposts nach Übernahme der notwendigen Verbesserungen im Betrieb, Zufuß- und Verbindungsstellen müßten zum mindesten 80 Millionen Mark notwendig und außerdem bedürfte die Reichspost eines Betrages von 150 Millionen Mark als Anlage. Es komme ferner an Kosten für Vergrößerung und Tilgung eine Zinslast von 24 Millionen Mark in Frage, jedoch sich ein ungeheurer Betrag von 310 Millionen Mark ergebe. Da sich diese Summe nun um den aussergewöhnlichen Bedarf der deutschen Reichspost in Höhe von 170 Millionen Mark erhöhe, ergebe sich insgesamt ein ungeheurer Bedarf von 510 u. 170 gleich 680 Mill. Mk. Die Deckung dieses Bedarfs sei auf anderem Wege als den einer Gebührenerhöhung nicht möglich.

## Unternehmer gegen Sozialpolitik.

Der Hauptausfluß des Reichspostbesandes der deutschen Industrie nahm am Donnerstag in einer stark besuchten Sitzung ein Referat des Geheimrats Kaffel über die schonenden Fragen der Wirtschaft und Finanzpolitik entgegen. Der Vortragende bewegte sich in durchaus bekannten Bahnen, indem er vor einer Ueberfälligkeit der deutschen Wirtschaft warnte. Den Reichs-, Länder- und Gemeinde-Verwaltungen empfahl er eine zeitliche Einstellung gegenüber den Ausgabebeständen, da seiner Auffassung nach die Bewilligungsfreudigkeit bisher großen Schaden angerichtet habe.

Der Industrielle n. Borjig behauptete in seinem Sozialreferat, daß das Arbeitsgesetz bereits die Unterzeichnung des Washingtoner Lebensmittels praktisch entgegennehme. ( ) Demgegenüber verweise er auf die absehbare Haltung Englands und Frankreichs infolge auf die Kartisierung des Washingtoner Abkommens. Obgleich sich viele Ausführungen über das Arbeitsgesetz vor Borjigs Erklärung der Sozialpolitik, die er seitens von 12 Milliarden Mark vor dem Kriege auf 46 Milliarden Mark erhöhte. Es sei jedenfalls notwendig, die Sozialbelastung der Wirtschaft einzufrieren.

Wahrscheinlich wird der Reichsverband der deutschen Industrie die Ausführungen Borjigs zum Ausgangspunkt einer neuen Aktion nehmen; denn der Hauptausfluß des Reichspostbesandes an das Reichswirtschaftsministerium zu befinden, in dem die von Borjig dargelegten Gedanken zusammengestellt sind.

## Wieder daheim.

London, 19. Mai. (Eig. Drahtber.) Der Präsident der französischen Republik hat am Donnerstag mitung 1.12 Uhr im Hofgarten London verabschiedet. Der König von Wales, verabschiedete sich vom Präsidenten am Bahnhof. Ueber die Verhandlungen zwischen Chamberlain und Briand, in deren Mittelpunkt die Rheinlandfrage standen haben sich, wird in Londoner amtlichen Kreisen die in London übliche strenge Discretion, aber auch in Londoner französischen Kreisen eine sonst bei derartigen Gelegenheiten nicht übliche strenge Stillschweigen bewahrt.

Die Entlassung des Präsidenten Doumergue und des Außenministers Briand in Paris erfolgte am Donnerstag nachmittags.

## Der Bürgerkrieg in China.

### Offensive auf Hankau.

London, 19. Mai. (Eig. Drahtber.) Aus Schanghai wird gemeldet, daß der Angriff auf Hankau unmittelbar bevorsteht. Es handelt sich hierbei vermutlich um die Truppen des Generals Wupeifu, ohne daß sich das aus den vorliegenden Meldungen mit Bestimmtheit ergibt. Die gegen die Hankauer Regierung marschierenden Truppen sollen sich bereits in unmittelbarer Nähe, wenige Kilometer von Hankau befinden. In Hankau selbst ist der Kriegszustand erklärt worden. Tschiangkaifschek hat seinen zum Stoen genommenen Vornarrsch gegen die Nordtruppen wieder aufgenommen.

## Die nächste Völkerverbundsrats-Sitzung.

Genf, 19. Mai. (Eig. Drahtber.) Die Tagesordnung der Juni-Session des Völkerverbundsrats, die am 13. Juni beginnt und deren Völkerverbundsminister Chamerlain führt, ist zwar sehr reichhaltig, enthält aber keine Punkte von größerer politischer Tragweite. Außer den Berichten der ständigen Kommissionen der vorbereitenden Vorkontrollkommissionen der Wirtschaftskontrollen ist die Frage der Kontrolle der deutschen Wirtschaftswirtschaften der nächste Punkt. Während bisher von Deutschen peripherische Wirtschaftliche einzuhalten waren, sieht der neue Stenographienplan nur eine Kontrolle von Fall zu Fall vor.

Deutsch-polnische Abmachungen. Am Donnerstag sind — wie aus Warschau gemeldet wird — zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau und dem polnischen Außenminister die Ratifikationsurkunden über die Regelung des deutsch-polnischen Grenzverkehrs und des deutsch-polnischen-Danziger Eisenbahnverkehrs ausgetauscht worden.

Deutsch-Polen verhängen. Der französische Flieger Thoret war am Mittwoch nachmittags um 5 Uhr auf dem Berliner Flugplatz Borsig aufgefunden, um den Versuch zu unternehmen, die Strecke Paris-Moskau ohne Zwischenlandung mit einem Kleinflugzeug zurückzulegen. Der Flieger mußte jedoch gegen 2 Uhr nachts wegen einer Störung des Motors auf dem Berliner Flugplatz Tempelhof niedergehen.

## Das Zündholzgesetz angenommen.

### Der Reichstag verabschiedet sich nach Pfingsten.

An der gestrigen letzten Reichssitzung wurde das Zündholzwirtschaftsgesetz verabschiedet. In Anbetracht der Voraussetzungen, welche dieser Gesetzentwurf zu Gunsten des Schwedens demontags hat, beantragten die Sozialdemokraten die Vorlage eines neuen Gesetzesentwurfs, für den folgende Richtlinien gelten sollen:

1. Der Vertrieb von Zündhölzern, soweit sie nicht von Fabriken der Konsumgenossenschaften zum andrücken Verkauf an die ihnen angeschlossenen Mitglieder hergestellt werden, hat durch eine Zündholzerlaubnis-M.G. zu erfolgen, deren Aktien dem Reich gehören und deren Verwaltung von der Reichsregierung beauftragt wird.

2. Für die Liefermenge der Produkte der bestehenden Zündholzfabriken durch die Zündholzerlaubnis-M.G. des Reichs sollen zu nicht die Quoten des bestehenden Zündholzwirtschafts maßgebend sein.

3. Die Festsetzung der Liefermenge und Verkaufspreise und der Qualitätsbestimmungen findet durch die Verwaltung der Zündholzwirtschafts-M.G. im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister statt. Zur Beratung der Zündholzerlaubnis-M.G. in der Preis- und Absatzpolitik wird ein Beirat von der Reichsregierung ernannt, der paritätisch zusammengesetzt ist aus Vertretern der Arbeiternehmer und Arbeitgeber, weiter aus Vertretern der genossenschaftlichen Zündholzproduzenten.

### Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

nahm zunächst den deutsch-nationalen Abg. Behrens, der bei der ersten Beratung von dem sozialdemokratischen Redner Kurt Heinig wegen seiner persönlichen Interessen an dem Schwedentrakt hart angegriffen worden war, in Schutz und erklärte, daß Behrens vollkommen korrekt gehandelt habe. Er hat dann den Entwurf in der Form angenommen, wie er vorliegt. Auch die Interessen der Verbraucher seien dabei geschützt. An der

### Preisfrage würden die Konsumgenossenschaften als Regulatoren wirken.

Das ist ein sehr bedeutendes Zugeständnis des Ministers aber die preisregulierende Wirkung der Genossenschaften.

### Abg. Heinig (Soz.)

erklärte in Bezug auf die Maßnahmen des Reichswirtschaftsministers, daß die Tätigkeit des Abg. Behrens in der Zündholzwirtschaft liegt höchst zweifelhaft sei. Er warnte dann davor, daß die deutsche Zündholzwirtschaft durch das vorliegende Gesetz an den Schwedentrakt ausgeliefert wird. Bei dem vorliegenden Gesetz handelt es aber darum, wichtige Interessen der deutschen Wirtschaft an das ausländische Kapital zu verorten. (Veh. Weißl. d. Soz.)

Nach einer weiteren Diskussion, in der sich die Redner der Reichsparteien für Behrens einsetzten, und im übrigen dem Gesetz ihre Zustimmung gaben, wurde der Sozialdemokratische Antrag denn abgelehnt und der vorliegende Gesetzentwurf gegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Dann verabschiedete sich der Reichstag am den 14. Juni.

## Deutsche Bauernschaft.

### Bauern gegen Landbund.

Der Deutsche Bauernbund, der Bayerische Bauernbund und der Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbauern haben sich unter Führung des ehemaligen Reichsministers Dr. Feßl zur "Deutschen Bauernschaft" zusammengeschlossen, um der Verbauernbewegung eine einheitliche Spitzenvertretung zu verschaffen.

Am Mittwoch nahm der Führer des neuen Bundes Dr. Feßl in einer Rede vor der Reichspost Gelegenheit, die Differenzen zwischen sich über den Aufbau und die Bestimmungen der deutschen Bauernschaft zu unterrichten. Er legte dar, daß nach der Gründung seine neue Partei entstehen soll. Sie will mit allen politischen Gruppen, die aber den Interessen des Bauerns dienen, Gemeinschaft pflegen, ist aber auch gegenüber dem Staat überall dort aufzunehmen, wo Bauerninteressen verletzt werden. Feßl legte es insbesondere ab, für bestimmte Parteien Schleppeidienst zu leisten. Wie bemerkt wurde sein Bestreben zur deutschen Republik.

Das er im Rahmen der deutschen Bauernschaft ablegte. In seinen weiteren Ausführungen ging der Redner ausführlich auf die Wirtschaft- und Handelspolitik ein, wobei er betonte, daß nur die Wirtschaft auf dem Grunde für wirtschaftspolitische Maßnahmen entscheidend sein dürfe und das Wohlergehen der Landwirtschaft von dem Wohlergehen der Industrie und der Arbeiterkraft abhängig.

## Rakenzammer in London.

### Ueber die Blamage mit den Russen.

London, 19. Mai. (Eig. Drahtber.) Am Donnerstag sollte der Innenminister eine Erklärung über den "Wall Arcos" abgeben. Aber zum großen Erschrecken der Abgeordneten, die sich ungenügend vollständig eingefunden hatten, weigerte sich der Innenminister, die verprochenen Aufklärung zu geben. Er verteilte das Parlament auf kommenden Dienstag. Als Grund für diese Verzögerung führte Sir John Siggis an, daß aus den vorgelegenen Dokumenten sich ergebende Informationen seien solcher Art, daß es der Regierung bisher nicht möglich gewesen wäre, ihre Prüfung zu beenden oder die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, zu ziehen. In den Kreisen der Opposition ist bei der Auffassung, daß der wahre Grund der Verzögerung in schweren Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung zu liegen liegt. Das Kabinett soll nach diesen Informationen nicht nur hinsichtlich der Berechtigung sich gegen Abenteurer der Unterzeichnung der Deklaration, sondern auch bezüglich der Fortsetzung oder des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit Rußland geteilter Meinung sein. Während der rechte Flügel des Kabinetts angeblich ganz unabhängig vom Beert oder dem Wert der Dokumente den Augenblick für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen für günstig erachtet, heißt es von dem linken "Flügel des Kabinetts", daß er eine möglichst gründliche Liquidation des genannten Abenteurers wünscht.

Das Schlafschloß.



Das Bild zeigt rechts einen in der Wand des Schlafschlosses eingebauten und von der Londoner Polizei eroberten Geheimschrank. Links: der gleichfalls genasam geöffnete Geheimschrank im Zimmer von Känduff, des Leiters der "Arcos". Die Durchsicht der Räume der "Arcos" dauerte vier Tage. Die Durchsicht der Räume der "Arcos" dauerte vier Tage. Die Durchsicht der Räume der "Arcos" dauerte vier Tage.

## Ministerkrise in Griechenland.

Paris, 20. Mai. (Eß). Aus Athen wird gemeldet, daß der Ausbruch einer schweren Ministerkrise für heute oder morgen bevorsteht, wenn nicht in letzter Stunde ein Kompromiß erzielt werden sollte. Es handelt sich um die Ernennung von Politicus zum Generalen in Paris. Diese Ernennung wird von dem gegenwärtigen Innenminister Paralis heftig beklagt. Paralis ist gleichzeitig der Chef einer großen Gruppe in der griechischen Kammer; Er hat der Presse erklärt, daß angesichts der Tatsache, daß Politicus früher mit dem Diktator Pangalos zusammengearbeitet hat, seine Ernennung auf einen beratenden Posten wie Paris nicht erfolgen dürfte.



# Direkt ins Auge

springen die Vorteile nachstehender

## Unterpreisangebote

für den Pfingstbedarf!

### Neuheiten in Kleider-Boiles, Wollmuffelne und bedruckter Waschseide in riesenhafter Auswahl!

Bedruckte <b>Boiles</b> doppeltbreit, in einschüßenden Muffeln Meter 3.50 2.50 1.85	1.95	Bedruckte <b>Waschseide</b> in nur neuen Definit. Meter 2.50 1.85	1.45
<b>Woll-Muffelne</b> in enorm großer mod. Ausm. Meter 2.95 2.50 1.95	1.65	<b>Gleams Bolle-Vordüren</b> na. Schweizer Ausst. Meter 4.95	3.75
<b>Souardine</b> für Kleider, in geschmackvoller Anst. Meter 1.95	1.75	<b>Waldseide</b> Blauschwarz und schwarzweiß, die große Mode Meter 2.90 1.95	1.10
Ein Rollen <b>Wald-Muffelne</b> extra billig für Frauenkleider ca. 11cm breit Meter	1.10	<b>Wald-Muffelne</b> und <b>Wald-Creme</b> in neuen Muffeln Meter 1.10 95 85	75 95

Ein großer **Posten Fabrik-Neue Waschmuffelne** 48 95  
in vielen Definit. prima Qualitäten zum Aussehen Meter 65 65

### Eine Umwälzung in der Gardinenmode!

Bevorzugte man bisher dicke, die Fenster verhüllende Dekorationsstoffe, so bringt die neue Mode leichte, luftige Gardinen und Vorhänge, die der Sonne und dem Licht freien Zutritt lassen. Klare Filzgardinenstoffe und neuartig getriebene Stoffe mit leichten Mustern sind daher sehr beliebt und werden nun auch in reichem Ausmaß in erprobten Qualitäten geliefert.

<b>Spanntöpfe</b> moderne schöne Muster 130 cm breit in reicher Auswahl	95 95	<b>Madras-Garnituren</b> Steile, Anbar in verschieden. Farben, und Mustern	9.95
<b>Salbitores</b> Tüll oder Gamine, reich verarbeitete, haltbare Qualitäten	68 95	<b>Eine soll, Gelegenheit in uns, Decken-Abg.</b> Schwere Cord-Überdecken strapazierfähig, 100/100	5.50
<b>Ränder-Garnituren</b> na. egal. Tüll ausdrucksvollen Mustern	1.95	Ein Rollen ca. 200 hochmoderne	3.95
		100/130	2.95

Anfertigungen von Gardinen und Dekorationsstoffen in unseren Arbeitsstunden schnell und preiswert!

### Gehenswerte Ausstellung und Verkauf von Atlantic-Berlen

Atlantic-Berle - die unerschöpfliche Perle - Ketten in verschiedenen Ausführungen 95 95  
Armbänder 50 95

Seiden-Beutel 3 95 mit modernem Biegel, in vielen Modellen 3.95

### Schuhwaren-Abteilung

enorm billige Preise  
Kinder- und Mädchen-Kat.-Spangenschuh mit und ohne Einlage 31.95 8.50 27.90 7.50 25.98 5.50 23.94  
Knaben- und Mädchen-bequeme Zug- und Spangenschuhe 31.95 8.75 27.90  
Damen-Kat.-Leber-Niederzieher braun 9 95

**Unsere Schlager:**  
Feinstes Damen-Spangenschuh, grau, 750 Hand und Breite gemittelt 8 95  
Damen-Rindbox-Schnür-Galbschuh mit und ohne Einlage 13.90 10.90 9.90 9 90  
Damen-Rindbox-Schnür-Galbschuh elegante Formen 13.90 12.50 11.90 9 90  
Damen-Roh-Schwarz-Schnürschuhe 4 95  
Damen-Rindbox-Schnür-Galbschuh braun, überaus gute Qualität 9 95  
Damen-Kat.-Spangenschuh elegante Formen 8.90 8.50 6 95  
Damen-Kat.-Schuh-Galbschuh, mit u. ohne Einlage, eleg. Ausführung 13.50 12.90 11 95  
Damen-Rindbox-Schnürschuh dauerhafte Strickschuhe 13.90 9 90

### Damen- und Kinder-Konfektion

zeichnet sich durch enorme Billigkeit aus  
Kleider aus Baumwoll-Muffelne 2 95  
Kleider aus Feinen u. Begleit, in glatt, gestreift u. kariert 2 95  
Kleider aus geflümmter Waschseide, jugendliche mod. Formen 6 50  
Kleider aus Stoffe, l. Leinen 14 50  
Mod. Strick-Jacken mit Woll-Modellen 22.00 16.00 9 95

Krausfeidene Fallover 2 95 in hell und mittelfarb. 4.50

### In der Pug-Abteilung!

3 Serien  
Damen-Hüte aufhergestrichlich verziert.  
Neueste Formen, Farben und Geflecht!  
Serie I 6 75 Serie II 7 75 Serie III 9 95  
jeder Hut 1 jeder Hut 2 jeder Hut 3  
Kinder-Hüte 1 95  
Seide und Strohh in großer Auswahl 5.75 4.75 3.75 2.95

### Seifen-Abteilung!

750 Gramm-Niegel prima Kerseife 85 95  
750 Gramm-Niegel prima Kerseife gelb 65 95  
500 Gramm-Niegel prima Kerseife gelb 48 95  
3 Stück weiche Niedereier 48 95  
3 Stück große Niedereier, kariert 95 95  
4 Stück Scherenscher, gute Qualität 85 95  
Eine große Doie Schabreine 50 95

## Kurzwaren zu Einheits-Preisen!

Für 3 Pfg.	Für 6 Pfg.	Für 9 Pfg.	Für 12 Pfg.
1 Dutzend Ostentüchle . . . . . 3 95	1 Karton Daarnadeln . . . . . 6 95	1 Stück Schürzenband . . . . . 9 95	3 Paar Schürzen . . . . . 12 95
1 Brief Stecknadeln . . . . . 3 95	1 Schußhüßer . . . . . 6 95	1 Karte Seidenwoll . . . . . 9 95	1 Brief Stecknadeln . . . . . 12 95
4 Stück Nadeln . . . . . 3 95	1 Dutzend Embroiderhüte . . . . . 6 95	1 Paar Tischdecken . . . . . 9 95	1 Paar Tischdecken . . . . . 12 95
2 Brief Nadeln . . . . . 3 95	1 Wert Karten und Ringen . . . . . 6 95	1 Dutzend Tischdecken . . . . . 9 95	1 Abschnitt Gummiband . . . . . 12 95
1 Stern Nadeln . . . . . 3 95	1 Stück Feinband . . . . . 6 95	1 Stück Bohlenband . . . . . 9 95	1 Brief Nadeln . . . . . 12 95

1 Rollen Knöpfelbigen und Einfüge . . . . . Meter 20 15 0 95	1 Moderne Kleider- und Jackenträger . . . . . 1.35 95 95	1 Moderne Kleider- und Jackenträger . . . . . 1.35 95 95	1 Moderne Kleider- und Jackenträger . . . . . 1.35 95 95
--	--	--	--

# WILLY COHN

#### Konfitüren

Altkirsche 3 Rollen . . . . . 48 95  
Stachelbeere 6 Rollen . . . . . 48 95  
Nektarine 4 Rollen . . . . . 48 95  
1 Nektarine-Schmelzschokolade (200 G.) . . . . . 48 95

## WILLY COHN

#### Konfitüren

2 Tafeln feinste Schmelzschokolade . . . . . 48 95  
Feinste Vollmilch-Schokoladen  
2 Rollen . . . . . 48 95  
Feinste Vollmilch-Schokolade 3 Rollen . . . . . 95 95  
Dunkle Schmelzschokolade 2 Tafeln . . . . . 95 95

### Dulmin-Enthaarungscreme

in Tuben zu Mk. 1.25 und Mk. 2.00  
Als sicher wirkendes und unschädliches Enthaarungsmittel empfehle ich dieses altbewährte Präparat

## Parfümerie C. Midy

Breitweg 60 Fernspr. 1927

**Achtung! Radfahrer! Achtung!**  
Empfehle zur Saison ericklassige  
**„Frisch Auf“-Fahrräder**  
in allen Preislagen und Zahlungsvereinbarung.  
Erhältlich, prima Verleistungen, Laternen, Gabeln, etc. sowie Reparaturen aller Fahrräder von 25 Mk. an. Reparaturen werden schnellstens ausgeführt unter billiger Berechnung

**Otto Müller, Beckerstr. 3.**

**Kräftige Tomaten- und Gemüsepflanzen** empfiehlt  
Gärtnerrei Kühne, Nabanne.  
Zwei ältere Leute  
haben trotz kleiner  
Bewässerung  
Wohnung.  
Off. unter C. D. 29 an die Redaktion, dieser Zeitung.

Zwei Achtzigjährige!

### Rätsel!

Weshalb sieht die Grete mit Ihren 35 Jahren noch wie eine Zwanzigjährige aus? Was sie täglich

**Dr. Axelrod's Yoghurt**  
genießt, der in Halberstadt allein zu beziehen ist durch:  
**Halberstädter Molkerei A.-G.**  
Bismarckstraße 48  
Fernsprecher 2873.

# Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 118.

Sonnabend, 21. Mai 1927.

2. Jahrgang.

## Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, 20. Mai.

Hallo!

rufft es am Fernsprecher; hallo! oder hallo! rufen wir wohl, wenn wir einen Buben beim Gängel hier finden. Wer sollte es diesen Wörtern, die heute im Getriebe des städtischen Lebens unentbehrlich scheinen, noch antworten, daß sie ursprünglich der Ruf nach dem Führer (dem Herrn) auf der anderen Seite des Berges waren und eigentlich „Hol über!“ bedeuten? „Holo, holo, holo!“ heißt es in einer Schrift des Heidelberger Olearius (um 1500). Der lautliche Unterschied der beiden Wörter erklärt sich daraus, daß die ältere Sprache für unfer „holen“ zwei Formen hatte: holen und helen. Man hängt nun im Mittelalter, um einen Ruf zu veräussern, ein „a“ an, das sich später zu „o“ veränderte (Halla! holo! holo!). Aus das Ausrufen ist nunmehr bis ins 18. Jahrhundert hinein „Halo“ geworden. Die beiden Rufe: „Halo!“ in Schillers Räubern gehören wohl zu den letzten dieser Art, die sich noch im Schrifttum finden.

Die unfer Wörtern aber in auf ein tonloses „e“, das den Hauch, auch wenn man es verlangt, nicht weit trägt („Diebe! Hille!“). Wie ganz anders mag es in den unferen Zeiten des Mittelalters in dunkler Nacht auf der Spur: „Hillo! Hordio! Hordio!“ erklingen sein! In Kontenz sollen übrigens noch heute die Knechte des Abtes in den Straßen mit „Hillo! Hordio!“ ausgerufen werden. Halla! Hallo! sind also eigentlich die Befehlsformen von „holen“ (helen) mit dem Idyllverfälscher (a); sie forderten den Führer an, den Ruf zu holen. Am ersten Bande der von Salob Grimm gesammelten Weistümer (ostfälischen Rechtsurkunden) heißt es in einem Weistum vom Jahre 1471: „Sech ein meinte jinst Meens (meint des Meins) und rufft drei mal Hallo! Hallo! wo er lerge das nit helen...“ Sinn gemäÙ wurde dem Ruf auf der Jagd verwendet, zunächst als Ruf auf die Hunde, das Wild zu holen. Entschieden genügt man es, überhaupt die Aufmerksamkeit eines andern zu erregen. Es weiter von Uppung, wo so vermehrt und verlesener wird meist die Bedeutung der Wörter, wie der Rauch, der aus dem Schornstein geht. — So ist Hallo! ein Nachklang alter Zeit, einer Zeit, in der Wörtern noch fest waren, als Furchen und Fährten noch eine wichtige Rolle spielten. Welch weiter Weg von da bis zum Fernsprecher!

Prof. Dr. Hauschild.

## Die Fristen zur Stellung von Anträgen auf Ermäßigung der Hauszinssteuer.

Durch die Dritte Verordnung zur Durchführung der Hauszinssteuerordnung vom 28. Dezember v. J. ist die Frist für die Stellung von Hauszinssteuer-Ermäßigungsanträgen bis zum 31. März d. J. verlängert worden. Einige Landtagsabgeordnete erlaubten das Staatsministerium diese Fristen bis zum 30. Juli zu verlängern, ferner durch geeignete Bekanntmachung der Steuerüberprüfungsstellen die Aufmerksamkeit der Steuerpflichtigen hierauf zu lenken.

Die der Amtliche Preussische Preisbefehl auf Grund der Ägipwort des Preussischen Finanzministers mittels, ist durch die Vierte Verordnung zur Durchführung der Hauszinssteuerordnung vom 27. April d. J. hinsichtlich der Anträge auf Steuerermäßigungen bestimmt worden, daß solern ein Antrag gemäß § 2 Abs. 3 und 4, § 4 Abs. 3-5, § 5 der Hauszinssteuerordnung in der Befassung vom 2. Juli v. J. bisher noch nicht gestellt worden ist, der Antrag bis zum 1. Juli 1927 zu stellen ist. Sind die An-

träge begründet, so ist ihnen mit Wirkung vom 1. Juli 1926 an festzusetzen. Eine Bekanntmachung über die Neuregelung der Hauszinssteuer, insbesondere die Steuerüberprüfungsmöglichkeiten, ist in allen Gemeinden erfolgt.

Anträge auf Stundung und Wiederholung von Steuerbeträgen können jederzeit gestellt werden. Begründeten Anträgen dieser Art ist im allgemeinen mit Wirkung vom 1. d. Mts. an festzusetzen, in dem der Antrag gestellt ist.

## Im Autobus zum Traualtar.

Vor einiger Zeit erit ging die Meldung durch die Presse, daß in Berlin die erste europäische Kulturtrauerung stattgefunden hat, und schon merkt Berlin wieder mit einer Neugier auf, hier aber hat es nicht den Ruhm, der erste europäische Kulturtrauerung zu sein, sondern überhaupt etwas Neues zu bieten.

Der Georgentempel hat dieser Tage ein Aufsehen stat. Grund: Ein Brautpaar und die Hochzeitsgesellschaft hatten für den sonst für solche Angelegenheiten üblichen Geschäft eine Kursummer der Abzug (Allgemeines Berliner Omnibus-Mittel-Gesellschaft).

Durch die Schaffung solcher außerordentlichen Einfälle kommt man unwillkürlich auf die Frage: Sind die Gründe in Egoismus, Sentimentalität oder moralisch zu suchen? Daß bei der Kulturtrauerung des Festes der bestenfalls gewisse Bekanntheit mitgesprochen haben, dürfte außer Frage stehen. Was aber zu der Kulturtrauerung, bei der ja keine Bekanntheit mitgesprochen haben, Anlaß gegeben haben kann, ist unverständlich — wenn man das Beginnen nicht als Zeitgenossenschaft wertet.

Schließlich und Rationalisierung sind die Schlagworte unserer Zeit. Von Sinn für Gerechtigkeit und Rationalisierung zeugt die Fahrt im Autobus — ein Beweis dafür, daß die Romantik, die immer noch um den Begriff „Hochzeit“ weilt, immer mehr im Schwinden ist; eine Tatsache, die durch den Willen in den Annoncenteil einer

## Reichsarbeiter Sportwoche

vom 20. bis 26. Juni!

Spartet die Tage frei und besucht die Veranstaltungen

Zeitung beiliegend wird. In jeder Zeitung finden wir eine Rubrik „Reichsarbeiter“. Der Name ist schon bezeichnend — die Ehe von heute ist zu einer geschäftlichen Transaktion geworden — die sie im Grunde immer war. Daran können auch die hehrlichen Gedächtnis- und sentimentalsten Erzählungen nichts ändern.

Wenn wir in der Kulturgeschichte schauen, finden wir diese Tat- sache immer wieder bekräftigt. Ursprünglich war die Frau ein reines Handweibchen — bei vielen ungeschulten Völkern ist es noch heute der Fall —, das nach seinem Arbeitswert bezahlt wurde. Allmählich änderte sich diese Lage als Folge der veränderten Wirtschaftsverhältnisse, und heute bekommt der Bourgeois, der eine Frau nimmt, dafür bezahlt — die Mühe.

Das hört sich zwar wenig schön an, hört aber den modernen Bürger durchaus nicht; hat es sich doch auf Grund häuslicher Erziehung gelernt, seinen, das heißt geliebten, bei denen Empathie „natürlich“ durchaus mitzupreisen, geschätzt werden, als sogenante

Liebesheirat, die oft ohne Prüfung der wirtlichen Eignung für einander aus einer bloßen erotischen Zuneigung heraus geschlossen werden. Und schließlich im Augenblick der Ehetat ist jede Ehe gut — wie mir erst klärt.

Sicherung gegen Uebertfälle im Harz. Bis und zu tauchen in der Presse Meldungen auf von verurteilten oder verurteilten Raubüberfällen im Harz. Raubüberfälle kommen ja überall vor, aber der unfer Harz von sehr vielen Fremden besucht wird, haben sich die hier vorzukommenden besonders hervor. Die Uebertfälle, die feineswegs häufiger vorkommen als in anderen Gegenden, können angliste oder vorpflichtige Gemüter davon abhalten, unferen schönen Harz, wie geplant, zu besuchen. Das wäre einmal für die fortgebliebenen Gäste fester beherzigt, weil sie die Schönheiten dieses deutschen Mittelgebirges nicht kennen lernen, zum andern aber bringt das Fernbleiben der Fremden auch einen großen wirtschaftlichen Schaden mit sich. Im Harz leben viele vom Fremdenverkehr. Deshalb muß alles getan werden, etwaige Hemmnisse zu beseitigen. Aus diesem Grunde haben die preussischen Regierungen in Magdeburg und Hildesheim und die braunschweigische Staatsregierung beschließen, besondere Polizeiposten im Harz einzurichten. Etwa 20 Landjäger sind in Doppelposten auf dem Harz verteilt. Diese Beamten treten nicht in Uniform auf, sondern gehen als Landwirte aus, um möglichst unauffällig zu bleiben. Die Einrichtung beginnt am 23. Mai und ist bis zum 15. September vorgeplant. Im folgenden Klagen sind namentlich die neuen Landjäger aufzutreiben: Drei Beamte auf dem Brocken, einer auf dem Stolchen, zwei auf Forsthaus Scharfenstein, zwei auf Forsthaus, einer in Andresberg, zwei in Braunlage, zwei in Cend, zwei, später drei, in Schierke. Neben diesen Stellen bestehen natürlich die bisherigen ordentlichen Landjägerstationen weiter.

Kammergerichtliche in Aufwertungsfragen. Der Amtliche Preussische Preisbefehl gibt folgende Befehle des 9. Zivilsenats des Kammergerichts in Aufwertungsfragen bekannt: Hat der Schuldner gegenüber einer hypotheklich gesicherten Forderung einer öffentlichen Sparkasse nach dem 14. 6. 1922 die Aufwertung mit einer Gegenforderung aus einem Sparplanbuch bei der Gläubiger erklärt, für das eine Aufwertungsvereinbarung im Sinne des Art. 19 Abs. 2 S. 1 nicht vorlag, so gilt der Aufwertungsbeitrag der Forderung in Höhe des Aufwertungsbeitrages der Gegenforderung (12%, Prozent des Schuldnetzes) als erlöschend (7. 4. 1927 Am. III. 540-27). Eine Entgeltungsentschuldigung, die mit dem entgelteten Grundstück hypotheklich gesichert worden ist, wird bei einer Aufwertungsvereinbarung nach § 10 Abs. 2, aufgemerkt (7. 4. 27 Am. III 1831-26). 1. Sollen die Parteien unter der Herrschaft der dritten Steuerreformvereinbarung, ohne dabei einer späteren Gesetzesänderung zu gedenken, sich dahin geeinigt, daß anstelle des am 1. 1. 1922 fälligen Aufwertungsbeitrages von 15 v. H. ein geringerer Betrag sofort bezahlt werde, so ist diese Vereinbarung kein Vergleich im Sinne des § 67 Abs. 2. 2. Die Annahme der vereinbarten Leistung steht der Geltendmachung des durch § 78 Abs. 6. gemährten Mehranspruches nicht entgegen. Der dem Gläubiger nach der dritten Steuerreformvereinbarung gebührende Betrag von 15 v. H. ist aber durch diese Vereinbarung nicht abgelehnt; der Gläubiger kann nur den Mehrbetrag konstatieren, der ihm darüber hinaus nach dem Aufwertungsbeitrag zuzusetzt (21. 4. 1927. Am. III 1510-26). Ferner veröffentlicht der Amtliche Preussische Preisbefehl folgenden Rechtsentscheid des Kammergerichts in Mietverhältnissen: 1. § 2 Abs. 2 der Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen wird durch die Preussischen Verordnungen über die Regelung der gelegentlichen Miete nicht berührt. 2. Der Rechtsentscheid vom 24. 1. 1927 (17. 7.)

## Die Jagd nach dem Glück.

Roman von Hans Schulz.

(Nachdruck verboten).

22. Fortsetzung.  
Eva hatte schon die Haustür aufgesperrt und sah noch einmal zum Himmel hinauf, über den lichten ein farber, rascher Dämmerschein als der erste Vorbote des nahenden Tages dahinstreifte.  
„Oh Adam! Ich wußt wohl noch nicht und in seiner inneren Zelle etwas abnt von der Schönheit dieser Nacht!“  
Dr. Hardt ist gedankenvoll in ihr lebenshäufig erregtes Gesicht.

„Es gibt nichts auf der Welt, was einen größeren Wert besitzt als die Freiheit. Ein jeder Mensch sollte den Tag seines Lebens in einem Kerker verbringen, um zu wissen, was Freiheit ist!“  
Mit einem leichten, festen Druck legte ihre Hände ineinander. Dann fiel die Haustür schwer ins Schloß.  
Dr. Hardt trat langsam aus dem kleinen Morgenzimmer. Die Straße schien ihm auf einmal grau und einsam.  
Da flamme hoch oben in Evas Schlafzimmer ein Licht auf, und in diesem Augenblick wurde es auch in seinem Herzen wieder hell. Er fühlte, daß er in dieser Nacht sein Schicksal gefunden hatte.

XIII.

„Wieder Dr. Hardt!“

Es ist etwas Entsetzliches geschehen. Schreiben oder telefonieren tun ich es nicht. Darum bitte ich Sie, mit diesen Zeilen um so bald wie möglich zu schreiben. Ihr Diener legte mir heute früh ein Apparat, daß er sich um drei Uhr von Bahnhof abholen sollte. Bitte erlauben Sie besser in der fünften Stunde. Kommen Sie, lassen Sie uns nicht im Stich, Schöner, als wie es alle geglaubt haben, hat sich die drohende Gewitterwolke entladen.

Mit herzlichem Gruß!

Ihre E. v. D.

Woh! zehnmal habe Dr. Hardt den kleinen Kopfhörer mit dem hellen, klaren Klangdrift Evas durchgesehen, während sein Magen durch die hochaufspringenden Wasserläden der Königsallee da hingloß.

Die letzte Nacht hatte seinen unermüdeten Welterwartung gebracht; seit den frühen Morgenstunden regnete es unablässig, ein feiner, frischförmiger Regen, der die ganze Nacht in sein einförmiges Geräusch hüllte, so daß Dr. Hardt unter dem tief herabgekommenen Regen seines Autos kaum das Straßenbild des Grunewalds erkennen konnte.

Was war geschehen?  
Was bedeutete dieser Brief?  
Es war nichts anderes denkbar, als daß in der Angelegenheit Adams eine sehr ernste Wendung eingetreten sein mußte.

In der Fontanestraße kam ihm Eva schon in der Diele entgegen und begrüßte ihn mit ihrer gewohnten, ruhigen Herzlichkeit.

„Sprechen Sie vor allem Daisy gut zu!“ bot sie. „Sie ist mit ihren Nerven vollständig fertig!“

„Was ist denn nur geschehen, gnädige Frau?“

„Gebulden Sie sich noch ein paar Minuten, lieber Doktor! Daisy möchte es Ihnen selbst mitteilen.“

Sie trat in das Treppenzimmer, wo sie Daisy bereits an der Rampe erwartete.

Sie trat heute ein bodenloses, schmerzhaftes, das den Reiz ihrer Lippen wunderbar umdrückte.

„Ihr Gesicht war leuchtend, die großen Augen lag tief zurück in den natürlich weiten Höhlen.“

„Das danke Ihnen, daß Sie gekommen sind, Dr. Hardt!“ sagte sie leise.

Der alte Martin holerte Tee und Kuchen und bot Zigaretten an.

Geräume Zeit herrschte ein bedrücktes Schweigen, das durch das einträgliche Klammern des Regens auf dem Terrazzoaboden der Terrasse gleichsam noch unterdrückt wurde. Dann rief sich Daisy mit einer gemessenen Anstrengung aus ihrer Verjunkenheit.

„Ich bin Ihnen eine Erklärung schuldig, Herr Doktor, warum ich Sie schon wieder in einer so bringenden Weise bemüht habe. Es wird ja wohl auch für lange Zeit das letzte Mal sein, daß ich Ihre Hilfe in Anspruch nehmen muß!“

Ein jähres Stieren lief über ihr Gesicht, vor ihren Augen flimmerte es von unangeneimen Tränen.

Dr. Hardt hatte sich zu ihr herüberbeugt und tastete nach ihrer Hand.

„Gnade gnädige Frau“, bot er, „regen Sie sich doch nicht so furchtbar auf, Sie wissen doch, daß Sie Freunde haben, die Ihnen immer bei Seite sein werden!“

Daisy bewachte leise den Kopf.

„Gewiß, Herr Doktor! Und ich danke Ihnen und Eva von ganzem Herzen für Ihre Treue. Wir haben so wenig wirkliche Freunde, daß es bitter weht, gerade den liebsten verlieren zu müssen!“

Sie hatte bei den letzten Worten aus ihrer Handfläche ein Papier herausgeholt und faltete es langsam auseinander.

„Bitte! Ich nehme Sie erst einmal in dieses Schreiben ein, ich will weiterprechen!“

Dr. Hardt hatte.

Die Buchstaben begannen ihm plötzlich vor den Augen zu tanzen.

„Zwischen Herrn Baron von Wehrhadt und Herrn John Franz Brown wird heute nachstehender Vertrag geschlossen. —“

Dann griff er sich mit beiden Händen ratlos an die Schläfen.

„Im Himmels willen, gnädige Frau, was soll denn das bedeuten?“ fragte er endlich ganz entsezt.

Daisy richtete sich höher auf.

Ein harter Zug fand auf einmal in ihrem schönen Gesicht,

„Dies Schreiben hier ist die Abschrift eines Vertrages, dessen Original mir gestern von unbekannter Seite zum Kauf angeboten worden ist. Danach war Herr von Wehrhadt nichts weiter als ein bezahlter Agent meines verstorbenen Vaters. Alles, was zwischen uns gewesen ist, war Lüge von Anfang an, ja, ich immer noch als Lüge, was wohlüberlegt, kalte Berechnung, mich ehr- und wehrlos ganz der Gewalt meines Mannes auszuliefern. Ich finde keine Worte, um eine solche Handlungsweise zu entschuldigen, ich fühle mich für uns alle, daß ein Mensch, der seinen fähigen werden in unferem Kreis angeht hat — Glauben Sie mir, Herr Doktor, nur der Gehnte an meine kleine Urula hat mich in der vergangenen Nacht davon abgehalten, die letzten Konsequenzen aus diesem Zusammenhang meiner ganzen Besessensidee zu ziehen. Auf einmal ist ja alles jenseitig: Die Bestätigung Adams mit meinem Vaters. Sein plötzliches Aufstehen in Groß-Vater. Und endlich die rätselhaft großen Summen, der Kaufpreis meiner Schande!“

Wie eine rote Wolke flamme es in der Erinnerung an die erlöschende Schmach plötzlich über ihre kalten Wangen.

„Und das hat mir der Mann getan, an dessen Liebe ich bis zu jetzt geglaubt, den ich über alles vertraut habe!“

„Ihre Stimme brach, ein Herzklappen überfiel sie, das ihr fast den Atem nahm.“

Und dann war mit einem Male auch ihr letzter Halt dahin.

Sie schlug die Hände vor das Gesicht und weinte. —

„Warten oben“, nahm sie dann nach einer langen, bangen Pause wieder das Wort, „wünschte mich ein junges Mädchen noch spät in der dringenden Angelegenheit zu sprechen. Ich wußte nicht mehr ab, aber sie wußt nicht, was sie mir durch Martin sagen ließ, sie ließ mich die Angelegenheit Herrn von Wehrhadt betreffen, nach ich sie schließlich an. Es war noch ein sehr junges Ding, auffallend hübsch und geschmackvoll gekleidet, fast eine Dame, von gewandtem und sicherem Benehmen. Sie stellte sich mir unter irgendeinem gleichgültigen Namen vor und sagte, daß sie beauftragt ist, mir ganz persönlich einen Brief zu übergeben. Ich dirrekte ihn abzugeben und war ebenso erfüllt, wie Sie vorhin, Herr Doktor. Der Briefgeheimhalt lag ein Brief in Wachstafel mit, daß mir das Original gegen Zahlung einer Summe von 100 000 Reichsmark während der nächsten drei Tage zur Verfügung stünde. Sollten gegen die Uebertretung irgendwelcher polizeilichen Schritte unternommen werden, so würde der Betrag mit entsprechenden Ränderungen dem Wehrhadt-Prozess in einer bekannten Berliner Wochenchrift veröffentlicht veröffentlicht werden!“

Dr. Hardt hatte das Papier wieder aufgenommen und überlas es noch einmal ruhiger und fühlte prüfend.

„Ich halte das Ganze für ein gemächliches Erpressungsmandat“, sagte er dann. „Aber zwar nachsichtlich ausgehend von jener Dame, die Herr Brown als künftige Herrin dieses Hauses in Aussicht genommen hatte. Und die sich natürlich verlor, aus der auch eine feine heringebrochene Katastrophe zu retten, was noch zu retten und vor allem zu Geld zu machen ist!“

(Fortsetzung folgt.)







# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

**Zeugnispreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0,90 Mark. Erscheinung wöchentlich ledigmal und zwar mittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, an unseren Boten u. Agenten entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Salfer-Verlag, Domplatz 48 (Herrn Dr. H. Salfer), Halberstadt, a. d. Elbe. Verantwortl. für Inhalt: Schriftführer Fritz Wolfenbützel, für den äußeren Teil: Richard Witzke, für Redakteur: Kurt Ertel, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die arbeitslose Kolonelleute oder deren Mann für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 10 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Anzeigen für den Landkreis Wernigerode 10 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Anzeigen für den Landkreis Wernigerode 10 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Anzeigen für den Landkreis Wernigerode 10 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Anzeigen für den Landkreis Wernigerode 10 Pfennig, auswärts 20 Pfennig.

Nr. 118.

Samstag, 21. Mai 1927.

2. Jahrgang

## Magdeburger Justizkoterie.

Magdeburg hat seit einigen Tagen einen neuen Justizkanzler. Der sozialdemokratische Abg. Kuttner hat diesen Fall bereits am Mittwoch im preussischen Landtag gestreift. Es handelt sich um eine „disziplinäre Mahnung“ des zuständigen Oberlandesgerichtspräsidenten in Raumburg an den Landgerichtsdirektor Löwenthal.

**Keller der Schmutzgerichtsverhandlung gegen Schröder.**

Dieser Skandal liegt ein mehr als merkwürdiger Vorfall zugrunde. Einige Zeit vor der Verhandlung des Falles Schröder erhielt Landgerichtsdirektor Löwenthal den Befehl eines Magdeburger Staatsanwalts. Dieser deutschnationalen Herr legte Löwenthal „privatim“ nahe, um den Vorfall der Verhandlung zu vermeiden. Es wäre eine unangenehme Sache, nachdem der Fall Schröder so sehr die Öffentlichkeit beschäftigt habe und auch die Magdeburger Richter in die Sache hineingezogen seien. Löwenthal solle sich nicht merken und damit sei er aller Unbequemlichkeiten entkommen. Allen Anschein nach fühlte sich die Magdeburger Justizkoterie bedroht, weil ein wirklich unparteiischer Richter den Prozeß Schröder führen sollte. Diese Befürchtung erwieß sich bald infolgedessen begründet, als Löwenthal sich nicht damit begnigte, die Schuld Schröders, sondern auch die völlige Unschuld der im Zusammenhang mit dieser Affäre verurteilten Personen festzustellen.

Indirekt sollte nun die Anklage des an Löwenthal gestellten Ansehens, auf den Vorfall zu verweisen, den Antrag zu der bis jetzt nicht erfolgten Mahnung bilden. Von dem letzten Befehl hatte nämlich der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Bohner erfahren. Er hatte den Fall im Auge, als er kürzlich bei der Debatte des Justizrats den Justizminister über den Magdeburger Fall vorfragte, ob ihm dort nicht Anzeichen einer passiven Resistenz bekannt geworden seien. Das genügte einem Teil der Magdeburger Richter.

**gegen Löwenthal ein Kesseltreiben zu veranstalten.**

Es wurde Anklage bei sämtlichen Richtern des Magdeburger Gerichts gehalten, weil mit Dr. Bohner in persönlichen Beziehungen gestanden habe.

**Als einziger meldete sich Löwenthal.**

Nach diesem Erkenntnis folgte der Oberlandesgerichtspräsident in Raumburg ohne irgendwelche Beweise, daß die Anklage des demokratischen Abgeordneten im Landtag auf Informationen Löwenthals beruhe. Dabei betreibt Dr. Bohner ausdrücklich, von dem Landgerichtsdirektor Löwenthal keine Informationen erhalten zu haben. Der Oberlandesgerichtspräsident in Raumburg folgte trotzdem an dem geschriebenen Aufsatze in geradezu fälschlicher Weise. Eine solche Bestätigung in Raumburg hat nicht bestanden. Da aber Landgerichtsdirektor Löwenthal den demokratischen Abgeordneten in diesem Sinne informierte, hat er sich der Verbreitung unwarmer Gerüchte schuldig gemacht. Die von Ansehen des Magdeburger Gerichts schädliche. Darob die disziplinäre Mahnung!

Unabhängig ist diese Mahnung zurückgenommen worden, und zwar nicht etwa aus freien Stücken, sondern erst, nachdem der Fall im Landtag von den verschiedenen Seiten erörtert worden ist. Das wird einleuchtend, aber von irgendwelchen Maßnahmen des preussischen Justizministers erzählt man nicht. Wer halten es für ganz selbstverständlich, daß dieser neue Magdeburger Skandal mit der Zurücknahme der Mahnung keineswegs als erledigt gelten darf. Wo soll es hinziehen, wenn ein derartiges Spielzeug — wie wir es geschildert haben — ungehindert in den höchsten Etagen der Justiz einfließt?

### 5 1/2 Millionen Fürsorge-Empfänger.

Bisher konnte man sich mangels einer umfassenden Statistik kein zuverlässiges Bild davon machen, wie hoch die Zahl der Sozialrentner und der von der Fürsorge unterstützten anderen Hilfsbedürftigen stellt. Erst Anfang April d. J. wurden Fragebogen ausgegeben, um auf Grund der Antworten eine Reichsstatistik aufstellen zu können. Vorkünftig haben also nur Schätzungen zur Verfügung. Aber die Zahl der Sozialrentner ist eine preussische Statistik für das Jahr 1925 vorhanden. Wenn man die Ergebnisse dieser Statistik auf das Reich überträgt, so ergibt sich für die Sozialrentner die Zahl von 1 058 200 Personen. Davon sind: Alters- und Invalidenrentner und Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung 486 200, Witwenrentner 79 500, Waisenrentner 108 900, Kleinrentner und Angehörige 388 600.

Die Zahl der sonstigen Hilfsbedürftigen, welche von den Bezirksfürsorgeverbänden usw. versorgt werden, ist, wenn man für die Schätzung die Ergebnisse einer Statistik des Städteklages für Städte mit über 25 000 Einwohnern verwendet, demnach hoch wie die der Sozial- und Kleinrentner. Das heißt, es werden von der Fürsorgezeitung mehr als zwei Millionen Personen erfasst. Die Zahl der von der Reichsregierung erfassten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen beträgt fast 2 1/2 Millionen Personen. Zählt man noch die gegenwärtig etwa 1 1/2 Millionen betragenden arbeitslosen Hauptunterstützungsempfänger und Armenunterstützten hinzu, so ergibt sich daraus die Zahl von 5 1/2 Millionen Personen, die heute auf eine finanzielle Fürsorge angewiesen sind. Dazu kommen noch die Millionen Familienmitglieder, die von den Renten mit leben müssen.

### Der Republiksschutz verlängert.

Der Reichstag

erklärte am Donnerstag nachmittag sein Einverständnis mit der vom Reichstag beschlossenen Verlängerung der Gültigkeit des Reichsgesetzes über den Republiksschutz um zwei Jahre. Gegen das Gesetz erklärte sich nur der deutschnationalen Vertreter der Preussischen Kammer. Das Gesetz zum Schutz der Jugend bei Ausschreitungen wurde auf Antrag Preußens an die Ausschüsse zurückerwidert. Auch das Zählgesetz wurde auf Antrag Bayerns zunächst einer Ausschussberatung zugewiesen. Schließlich genehmigte der Reichstag einen Gesetzentwurf, durch den die Geltungsdauer der Ende September ablaufenden Passbuchordnung um zwei Jahre verlängert wird. Der Reichstag erklärte sich damit einverstanden, daß die Stelle eines Senatspräsidenten beim Reichsgericht dem Reichsgerichtsrat Flab in Leipzig, zwei Reichsgerichtsratsstellen dem hessischen Justizbeamten Dr. Reiter und dem Oberlandesgerichtsrat Dr. Gängerich-Darmstadt und die Stelle eines Reichsanwalts dem preussischen Oberlandesgerichtsrat Dr. Karl Nagel übertragen werden.

### Das Reich und Preußen.

Köhler lobt Braun auf.

Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler ludte am Donnerstag den preussischen Ministerpräsidenten Braun auf, um mit ihm die zwischen dem Reich und Preußen bestehenden Differenzpunkte einzeln durchzusprechen. Die Besprechungen ergaben, daß auf beiden Seiten der gute Wille besteht, die Streitfälle möglichst bald aus der Welt zu schaffen. Die Einzelbesprechungen dürften schon in aller nächster Zeit beginnen.

Senatsentscheidung.

Berlin, 20. Mai. (G. D.) Die Präsidialentscheidungen des Senats im Reichstag und im preussischen Landtag besaßen sich am Mittwoch in Gegenwart des Reichsanwalts, sämtlicher Reichs- und preussischer Minister ebenfalls mit den Differenzpunkten zwischen Reich und Preußen. „Als einstimmige Meinung trat dabei — nach der „Germania“ — hervor, daß es sich um Dinge handle, die überwiegend auf dem Verwaltungsgebiet liegen und infolgedessen auch mit verwaltschaftlichen Mitteln beseitigt werden müssen“.

### Regierungswahl in Oesterreich.

Ein rein liberales Kabinett Seipel.



Seipel

Wien, 19. Mai. (G. D.) Im Nationalrat wurde am Donnerstag gemäß dem Beschluß des Hauptauschusses die neue Regierung Seipel mit 64 gegen 10 Stimmen gewählt. Um 2 Uhr nachmittags gab die Regierung noch voranschreitende Bereinigung ihre Programmverfälschung an. Am wichtigsten führte der Bundeskanzler aus, daß die drei bürgerlichen Regierungsparteien sich zum Zwecke des Wiederaufbaues geeinigt und alles Trennende zurückgestellt hätten. Darauf folgte eine Reihe von Gesetzesvorlagen, an u. a. eine neue Zolltarifnote. Hinsichtlich der Außenpolitik erklärte er, daß Oesterreich traditionell gute Beziehungen zu allen Nachbarstaaten habe. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde sofort in die Tagesagende eingetreten. Der Sozialdemokrat Hölzl stellte im Verlaufe der Debatte fest, daß das neue Kabinett eine rein liberale Regierung sei. Das ergab sich schon aus der Erklärung des Bundeskanzlers. Das Trennende, das von den Regierungsparteien zurückgestellt wurde, seien die Kultur- und Schulfragen. Der liberale Charakter des Kabinetts liege im schärfsten Widerspruch zu der überlegenden Mehrheit des Volkes in Oesterreich.

## Nationaler Krach im Preußenparlament.

Justizminister Geysinski setzt auf einen Scheitler anderthalb.

Im preussischen Landtag kam am Donnerstag noch einmal die deutschnationalen Agitationen. Bei der Beratung des Innenrats hielt es der deutschnationalen Abg. von Winterfeld für angebracht, dem Hause einleuchtend

Angriffe gegen den Justizminister Geysinski vorzutragen. Es war die alte Forderung, die angelegte Befragung von Kandidaten nach dem sozialdemokratischen Mitgliedsbuch, Härtings Reich, geordnete Disziplin in der Polizei, sozialdemokratische Parteien im Bund und Hochwassererfordern und

wie oft noch — in dem. Zum Schluß stimmten für Winterfeld „in Brandenburg“ umgeben. Das heißt links. Wir im Potsdamer Geist.

Die Unterstellung, daß er über die Personalpolitik bewußt unangenehme Behauptungen aufgestellt habe.

Justizminister Geysinski erklärte, daß Herr von Winterfeld die Tatsachen genau kenne und deshalb Behauptungen aufgestellt hat, die objektiv unrichtig sind.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden dann noch die Klatsch des „Anstaltsministeriums“ und des „Sozialdemokratischen Ministeriums“ verurteilt. Eine ganze Reihe von Klatsch, darunter die des Finanzministeriums und der allgemeinen Finanzverwaltung, werden noch in den späten Abendstunden erledigt werden. Damit ist dann die dritte Sitzung des Gesamthausparlamentes beendet.

Die Abstimmung über die dazu gestellten Anträge fand am Freitag vormittag 10 Uhr statt. Die wiederholte Gelegenheit nehmen, gegen das verhasste Preussenministerium das kommunisierende Vertrauenstimmvolk zu unterliegen.

### Mißtrauensvotum abgelehnt.

Pötschen mit Moskwa Arm in Arm!

Berlin, 20. Mai. (G. D.) Am preussischen Landtag wurde heute früh das kommunisierende Misstrauenstimmvolk gegen die Regierung mit 216 gegen 136 Stimmen abgelehnt. Für den kommunisierenden Misstrauenstimmvolk stimmten außer den Kommunisten die Deutschnationalen, die Hannoveraner und die Wöllfingen, während Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei sich an der Abstimmung nicht beteiligten.



aus agitatorischen Gründen nicht unerwähnt gewesen. (Großer Vorn rechts, andauernde Fuß- und Schlußruhe. Glode des Präsidenten!) Ich habe zu dieser Gelegenheit bereits damals wiederholt Erklärungen abgegeben, und dabei muß es bleiben. Der Beamte hat nach den angelegten Unterlegungen einwandfrei gehandelt. Eine von mir getroffene Verfügung weist die Beamten